



Grüßen Sie zum Frauentag mit Ihrer Anzeige!



Zum Frauentag Anzeige schalten unter: www.volksstimme.de/gruesse

Zeitung für Sachsen-Anhalt • Gegründet 1890

Wolmirstedter Volksstimme

www.volksstimme.de

Mittwoch, 2. März 2016 | 1,20 Euro | Nr. 51 | A 10309

Heute großer Anzeigenteil:
Suchen Sie etwas?
Immobilien, Stellen, Kraftfahrzeuge, An- und Verkauf, Bekanntschaften, Haustiere
Seiten 6, 7

Börse
Kitakosten sollen ab 1. Mai steigen
Wolmirstedt (gbi) • Die Beiträge für die Betreuung in Wolmirstedter Kindereinrichtungen sollen zum 1. Mai steigen. Die größte Steigerung erfolgt bei der zehnstündigen Krippenbetreuung, bei der fünfständigen sinken die Elternbeiträge sogar. Seite 13

Der Arbeitsmarkt bleibt stabil
Haldensleben (il) • Der Arbeitsmarkt in der Börde ist im Februar stabil geblieben. Die Arbeitslosenquote blieb unverändert bei 8,2 Prozent und damit weiter unter dem Landesdurchschnitt. Seite 15

Sport
Hainault arbeitet an seinem Comeback
Fußball • Magdeburg (ut) Während der FCM im Rahmen der englischen Woche sein zweites Spiel beim VfR Aalen austrägt und den Klassenerhalt schaffen will, bereitet sich der verletzte André Hainault, zuvor zwei Jahre in Aalen, dabei in der Reha aufs Comeback vor. Seite 9

Fußball am Dienstag
1. Bundesliga:
Ingolstadt - 1. FC Köln 1:1
Hannover - VfL Wolfsburg 0:4
3. Liga:
Werder II - VfB Stuttgart II 0:1
Fort. Köln - Münster 2:1
HFC - Kickers Würzburg 1:3
Chemnitz - Großaspach 0:2
Rostock - Holstein Kiel 1:0

Börse
Dow Jones 16834 (20 Uhr)
Dax 9717 (Schlusskurs)
Rohöl \$34,44 (je Barrel)
Kurs \$ 1,0872
Die Börse finden Sie auf Seite 6.

Lokales Wetter
9° | 10°
Viele Wolken, später auch Sonne, zeitweise Regen



Stopp an der Grenze von Griechenland nach Mazedonien. „Wir müssen sehen, wie wir Griechenland helfen können“, sagt Angela Merkel im Volksstimme-Interview. Foto: AFP

Haseloff fordert nationale Lösung

In der Flüchtlingskrise setzt Kanzlerin Angela Merkel weiter auf europäische Einigung

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff setzt Bundeskanzlerin Angela Merkel (beide CDU) unter Druck. Wenn es nach dem EU-Gipfel mit der Türkei am 7. März keine greifbaren Erfolge gebe, müsse die Kanzlerin „die Integrität der Staatsgrenzen sichern“, sagte er.

Von Alois Kösters und Michael Bock
Magdeburg/Berlin • Merkel kritisierte in einem Volksstimme-Interview das Vorgehen Österreichs. Der Alpenstaat hatte jüngst mit den Ländern des Westbalkans die Durchreise auf der Balkan-Route massiv erschwert. Merkel sagte: „Wer die nationalen Grenzen schließt, bewirkt damit nichts gegen die Ursachen der Flüchtlingsbewegung. Er riskiert obendrein auf Dauer einen Schaden für unsere Wirtschaft.“ Und: „Wir müssen dauerhafte, auch morgen noch vertretbare Lösungen finden – und vor allem Lösungen, die nicht einseitig etwas festlegen,



Unterschiedliche Lösungsansätze für das Flüchtlingsproblem: Bundeskanzlerin Angela Merkel und Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (beide CDU). Foto: dpa

was andere Länder dann tragen müssen.“ Griechenland dürfe mit dem Problem nicht alleingelassen werden, sagte sie. Athen rechnet damit, dass wegen der Schließung seiner Grenze zu Mazedonien in den nächsten Tagen mehr als 100 000 Migranten in Griechenland festsetzen könnten. Die Kanzlerin liehe am Dienstag Forderungen nach einer schnellen Übernahme von Flüchtlingen aus Griechenland

ab. Mit Blick auf ihre Aufnahme-Entscheidung im Sommer 2015, als Tausende Flüchtlinge unter katastrophalen Bedingungen in Ungarn ausharrten, sagte sie, die Situation sei nicht vergleichbar. Angesichts der „sehr schwierigen Lage“ an der griechisch-mazedonischen Grenze bestehe dringender Handlungsbedarf, erklärte sie nach Beratungen mit dem kroatischen Ministerpräsidenten Tihomir Oreskovi. Sie forderte,

„die Politik des Durchwinkens zu beenden“ und zum Schengen-System zurückzukehren. Reiner Haseloff sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“, die meisten europäischen Staaten hätten sich längst für die Kontrolle und Schließung ihrer Grenzen entschlossen. „Die Frage ist nur noch, ob Deutschland dazustößt oder ob es weiter einen Sonderweg gehen wird. Und das glaube ich nicht, denn die Kanzlerin ist eine Europä-

erin, und sie ist in der Lage, den Realitäten ins Auge zu sehen.“ Am Freitag hatte Haseloff im Bundesrat gesagt: „Vereinbarungen wie Schengen und Dublin können nicht dauerhaft außer Kraft gesetzt sein. Wir sollten nicht den Eindruck entstehen lassen, dass wir das Heft des Handelns nicht mehr in der Hand haben und versuchen, Probleme auszusitzen.“ Es bestehe „dringender Handlungsbedarf“. Eines der wichtigsten Ziele müsse es sein, den Schutz der Grenzen wiederherzustellen: „Gelingt dies nicht und kann die EU-Außengrenze nicht wirksam geschützt werden, müssen wir zu nationalen Handlungsoptionen übergehen.“

Merkel bekräftigte, dass sie weiter auf eine europäische Lösung setze. Diese werde „auch nur Schritt für Schritt zu erreichen sein“, sagte sie. „In Europa dauert manches lange. Das wissen wir, aber ein wichtiger Schritt war es zum Beispiel, dass sich im Februar alle EU-Länder zum Nato-Einsatz bekant haben; wie auch das Bekenntnis aller 28 Staaten zu dem Ziel, die illegale Migration zu bekämpfen.“ Seite 3

Streit um Abwasser vor Gericht
Linke reicht Verfassungsklage ein

Von Jens Schmidt
Magdeburg • Mehr als 220 000 Hauseigentümer in Sachsen-Anhalt schauen in den nächsten Monaten nach Dessau: Dort am Landesverfassungsgericht beschäftigen sich die höchsten Richter des Bundeslandes mit der Frage, ob das rückwirkende Abwassern für Wasser- und Abwasseranlagen verfassungskonform ist oder nicht. Die Landtagsfraktion der Linken reicht eine entsprechende Klage ein. „Wir halten das Gesetz für verfassungswidrig. Es verstößt gegen Belastungsklarheit“, sagte Fraktionschef Wulf Gallert.

2015 wurden die Kommunen und Verbände gedrängt, für bis zu 25 Jahre zurückliegende Kanalbauten Herstellungsbeiträge zu kassieren. Seit dem 1. Januar 2016 gilt eine zehnjährige Verjährungsfrist. Um Außenstände von bis 100 Millionen Euro einzutreiben, hatte der Landtag mit seiner CDU-SPD-Mehrheit aber eine einjährige Übergangsfrist beschlossen, damit die Verbände doch noch kassieren können. Gut 85 000 Bescheide gingen an Familien und Unternehmen. Die Forderungen reichen von etwa 500 bis 70 000 Euro. In zwei Drittel der Fälle geht es um Anlagen, die vor 1997 gebaut wurden.

Rückzahlung offen
Sollte Sachsen-Anhalts Abgabengesetz gegen die Landesverfassung verstoßen, müsste ein neuer Landtag handeln. Gallert plädiert dafür, die einjährige Übergangsfrist zu streichen. Wer Widerspruch eingelegt hat (etwa 75 Prozent der Fälle), müsste nichts bezahlen. Ob jene, die gezahlt haben, ihr Geld zurückbekommen, könne man nicht versprechen, sagte Gallert. Die CDU-SPD-Regierung geht einen anderen Weg: Sie will am Montag einen ehemaligen Bundesverfassungsrichter mit einem Gutachten beauftragen. Er soll prüfen, ob das Gesetz grundgesetzkonform ist.

Im Dunkeln purzeln die Pfunde

Neue Studie zum Speisen belegt: Abnehmen ist selbst beim Eisessen möglich

Die Brigitte-Diät, Weight Watchers und Kohlsuppen können einpacken, denn Forscher der Universität Konstanz haben den ultimativen Trick fürs Abnehmen entdeckt: Einfach die Augen beim Essen schließen! Bei einer Studie mit Eis-Testessern haben die Konstanzer Psychologen nämlich herausgefunden, dass die Probanden mit verbundenen Augen weniger Eis essen als der Rest mit offenen Augen. Böse Stimmen vermögen vermuten, dass den Testern die Eiskugeln einfach immer wieder weggerutscht

sind und sie dann völlig frustriert aufgegeben haben. Aber zum Glück kann man ja alles auch selbst ausprobieren. Also zögern Sie nicht und halten Sie bei den nächsten Mahlzeiten ruhig einmal die Augen geschlossen. Wer weiß – möglicherweise können Sie sich den nächsten Besuch im Fitnessstudio sparen und stattdessen mit Chips und Cola auf der Couch liegen. Aber nicht vergessen: Immer schön die Augen geschlossen lassen und den neuen Blockbuster dann einfach mal nur mit den Ohren genießen. Jennifer Lorbeer



Augen zu und durch. Fotos: dpa/Montage: ProMedia Barleben

Neunmal so viele Angriffe

Magdeburg (dpa/vs) • Steinwürfe, ausländerefeindliche Parolen und Brandanschläge: Die Angriffe auf Asylunterkünfte haben im vergangenen Jahr drastisch zugenommen und reißen auch in diesem Jahr nicht ab. 71 politisch motivierte Vorfälle wurden nach Angaben des Innenministeriums im vergangenen Jahr gezählt, neunmal so viele wie 2014. 38 konnten aufgeklärt werden. 2015 wurden mindestens 16 Sachbeschädigungen und drei Brandanschläge registriert sowie zahlreiche Volksverhetzungen, Beleidigungen und Propagandastraftaten.

ANZEIGE
Auf Grund unseres großen Averbkaufs suchen wir wieder Grundstücke und Immobilien für unsere Kunden.
Für Verkäufer incl. Immobilienbewertung und Erstellung des Energieausweises, kostenlos.
Hache-Immobilien
www.hache-immobilien.de
Tel.: 01 72/9 35 14 99
Tel.: 03 92 02/5 21 27